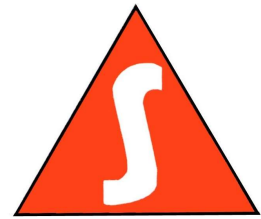




Resolution:



Demokratiebildung und europäische Erinnerungskultur verlässlich fördern

**EntschlieÙung zur ausreichenden finanziellen Förderung nach § 96
Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und zur Sicherung verständigungspolitischer
MaÙnahmen**

Die Seliger-Gemeinde stellt fest

Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sind Teil der deutschen und europäischen Geschichte. Ihre Erforschung, Bewahrung und Vermittlung schaffen historisches Wissen, fördern demokratische Urteilskraft und verbinden Menschen über Grenzen hinweg. Die Kultur- und Erinnerungsarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes sowie verständigungspolitische MaÙnahmen sind deshalb keine rückwärtsgewandte Traditionspflege, sondern ein Bestandteil zeitgemäÙer Demokratiebildung.

§ 96 BVFG verpflichtet Bund und Länder, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten sowie Einrichtungen, Wissenschaft und Vermittlung zu fördern. **Seit dem 1. November 2025 ist die Kulturförderung des Bundes nach § 96 BVFG im Bundesministerium des Innern gebündelt. Mit dieser Zuständigkeit verbindet sich die Verantwortung, gewachsene Strukturen zu sichern und die Projektförderung verlässlich, transparent und zukunftsfähig auszugestalten.**

Bildungsstätten, Museen, Archive, wissenschaftliche Einrichtungen, Verbände, Vereine und grenzüberschreitende Initiativen leisten hierzu unverzichtbare Arbeit. Sie dokumentieren Erfahrungen von Nationalsozialismus und Diktatur, Krieg, Verfolgung, Flucht und Vertreibung, vermitteln die Geschichte deutscher Minderheiten und schaffen Begegnungen mit den heutigen Nachbarn in Ostmitteleuropa.

Kriege in Europa, autoritäre Politik, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und gezielte Desinformation fordern die liberalen Demokratien heraus. Auch das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt vom 6. September 2026 und in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vom 20. September zeigen, wie dringend unabhängige historische und politische Bildung, eine kritische Erinnerungskultur und eine wehrhafte Zivilgesellschaft gebraucht werden. Vorhandene demokratische Infrastruktur darf in dieser Lage nicht durch Kürzungen geschwächt werden.

Mehr als acht Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es immer weniger Menschen, die Krieg, Verfolgung, Flucht, Vertreibung und den Verlust ihrer Heimat selbst erlebt haben. Ihre Erinnerungen müssen gemeinsam mit Archivalien und wissenschaftlichen Erkenntnissen gesichert, digital zugänglich gemacht, historisch eingeordnet und an kommende Generationen weitergegeben werden.

Die Seliger-Gemeinde fordert

1. die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium des Innern auf, die Projektmittel für die Kultur- und Vermittlungsarbeit nach § 96 BVFG sowie für verständigungspolitische Maßnahmen ab dem Haushaltsjahr 2027 mindestens auf dem nominalen Förderstand des Jahres 2025 zu sichern. Bereits erfolgte und weiter vorgesehene Kürzungen und Streichungen sind zurückzunehmen; gestiegene Sach-, Reise- und Personalkosten sind bei der Mittelbemessung zu berücksichtigen,
2. den Deutschen Bundestag als Haushaltsgesetzgeber auf, die hierfür erforderlichen Mittel bereitzustellen und durch mehrjährige Fördermöglichkeiten Planungssicherheit zu schaffen. Wiederkehrende, nachweislich erfolgreiche Maßnahmen dürfen nicht jedes Jahr in ihrer Existenz gefährdet werden,
3. die Bundesländer auf, ihre Mitverantwortung nach § 96 BVFG wahrzunehmen, bestehende Förderprogramme fortzuführen und die Kofinanzierung von Projekten des Bundes nicht durch eigene Kürzungen zu gefährden,
4. Bund und Länder auf, bei der Förderung insbesondere grenzüberschreitende Begegnungen, Angebote für Jugendliche und Schulen, die Digitalisierung historischer Quellen, wissenschaftlich fundierte Vermittlung sowie Projekte zu Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte zu stärken sowie Erinnerungskultur in den Unterricht mit dem Ziel Demokratiebildung zu stärken zu integrieren,
5. die Förderverfahren so auszugestalten, dass auch ehrenamtlich getragene Organisationen Zugang zu den Programmen behalten. Anträge, Mittelabrufe und Verwendungsnachweise müssen rechtssicher, aber mit vertretbarem Verwaltungsaufwand möglich sein.

Gemeinsame Verantwortung

Wer Mittel für diese Arbeit kürzt, schwächt nicht nur einzelne Einrichtungen und Verbände. Geschwächt werden Netzwerke, die über Jahrzehnte Vertrauen zu Deutschlands östlichen Nachbarn aufgebaut haben, Wissen über die Folgen von Nationalismus und Diktatur vermitteln und für Frieden, Freiheit sowie Menschen- und Minderheitenrechte eintreten.

Die verlässliche Förderung von Kulturarbeit, Erinnerungskultur und Verständigungspolitik liegt deshalb im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Sie ist eine Investition in demokratische Bildung, europäische Zusammenarbeit und eine friedliche Zukunft.

Einstimmig verabschiedet von der Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde e.V.
am 17. Oktober 2026